



Christian Gruenler

DIE STALINBAUTEN STORY

Geschichte und Architektur
des Ostberliner
Prachtboulevards

BeBra Verlag



Christian Gruenler

DIE STALINBAUTEN STORY

Geschichte und
Architektur des
Ostberliner
Prachtboulevards

BeBra Verlag

INHALT

Vorbemerkung	7
--------------	---

HISTORISCHER ÜBERBLICK

Die Geschichte der Straße von Berlin nach Frankfurt (Oder) bis 1945	10
1946 bis 1950: Der Kampf der Systeme beginnt	16
1950–1955: Die Stalinbauten entstehen	40
1956–1975: Vom Klassizismus zu den Plattenbauten und Konkurrenz im Westen	102
1975 bis heute: Das Ende der DDR und die Wiedervereinigung	116

SPAZIERGANG AUF DER EHEMALIGEN STALINALLEE

Vor dem Spaziergang	130
Der Block G von Hanns Hopp	132
Das Frankfurter Tor von Hermann Henselmann	139
Der Block F von Karl Souradny und das Kino Kosmos	142
Block E von Hanns Hopp und die Laubenganghäuser	144
Das Hochhaus an der Weberwiese von Hermann Henselmann	147

Rosengarten, Auerdreieck und Block D von Kurt Leucht Ein wichtiger politisch-historischer Ort	149
Block C von Richard Paulick Haus Budapest, Karl-Marx-Buchhandlung, Fassaden-Reliefs und Café Sibylle	152
Der Platz der abgerissenen Sporthalle zwischen Koppenstraße und Lebuser Straße	159
Block B von Egon Hartmann	162
Der Strausberger Platz mit dem Haus Berlin und dem Haus des Kindes	164
Vom Strausberger zum Alexanderplatz	168
Wettbewerbsausschreibung von 1951	174
Ausgewählte Literatur-Tipps	180
Ausgewählte Film-Tipps	180
Danksagung	181
Bildnachweis	182
Über den Autor	183



VORBEMERKUNG

Der Name Stalin ruft bei uns heute Schrecken und Ablehnung hervor angesichts der Millionen von Folteropfern und des Massenmordes, den das Regimes des Diktators während seiner Regierungszeit von 1923 bis 1953 verschuldet hat. Es mag daher unangebracht, möglicherweise sogar empörend, erscheinen, den Gebäuden, die noch heute inoffiziell seinen Namen tragen, ein Buch zu widmen. In der Tat haben der BeBra Verlag und ich lange überlegt, ob man die Bezeichnung »Stalinbauten« vermeiden sollte. Aber historische Figuren werden durch das Verschweigen ihrer Namen nicht eliminiert und ihre Taten nicht ungeschehen gemacht. Zudem leitet sich der Name der Stalinbauten nicht direkt von der Person Stalin ab, sondern indirekt dadurch, dass die Straße, an der sie gebaut wurden, zur Bauzeit Stalinallee hieß. Wir haben uns deshalb für die Beibehaltung des Begriffs »Stalinbauten« entschieden und hoffen auf das Verständnis all derer, die unter dem Terrorregimes des Diktators in irgendeiner Weise zu leiden hatten.

Das Buch umfasst zwei Teile. Teil I gibt einen Überblick über die Historie der heutigen Karl-Marx-Allee und eines Teilstücks der Frankfurter Allee und erzählt die Baugeschichte der Straße chronologisch ab den 1950er Jahren.

Teil II nimmt Sie mit auf einen Spaziergang von der Ecke Niederbarnimstraße/Frankfurter Allee bis zum Alexanderplatz. Dabei werden die dort stehenden Bauten erläutert und der Blick immer wieder auf interessante, außergewöhnliche und unerwartete Details gelenkt.

Viel Spaß beim Lesen und Erkunden dieser auch heute noch besonderen Straße!

Christian Gruenler
Berlin, 2024



HISTORISCHER ÜBERBLICK



DIE GESCHICHTE DER STRASSE VON BERLIN NACH FRANKFURT (ODER) BIS 1945

Historische Handelsroute nach Osten

Wahrscheinlich verbanden die heutige Karl-Marx- und die Frankfurter Allee schon vor vielen Jahrhunderten Berlin mit dem Osten des Landes und waren ein von Handelsreisenden genutzter Verkehrsweg. Es liegt nahe, dass die Straße nach Frankfurt (Oder) führte und von dort aus weiter nach Warschau und sogar Moskau.

In alten Stadtplänen aus den 1780er Jahren ist erstmals eine »Große Frankfurter Straße« verzeichnet, die sich entlang der heutigen Karl-Marx-Allee ungefähr vom Kino International bis zur Weberwiese erstreckte. Westlich davon und damit außerhalb der damaligen Zollmauer bestand ab 1708 eine Heerstraße, die von 1824 bis 1872 Frankfurter Chaussee hieß und 1872 in Frankfurter Allee umbenannt wurde.

Die Frankfurter Allee war schon immer der Beginn der Straße nach Frankfurt (Oder) ...

Ungefähr an der Stelle des heutigen U-Bahnhofs Weberwiese stand ab 1716 das ursprünglich aus Holz gebaute und ab 1802 steinerne Frankfurter Tor, das Teil der



sogenannten Akzisemauer war. Das Tor wurde abgerissen, als in den späten 1860er Jahren die Zollmauer vollständig abgetragen wurde, da aufgrund des Bevölkerungswachstums immer mehr Randgemeinden ins Stadtgebiet eingegliedert wurden; die Mauern waren dabei hinderlich.

Von der Landstraße zur zentralen Straße durch ein Berliner Arbeiterviertel

Als Berlin noch Stadtmauern hatte, war die Gegend um die heutige Karl-Marx- und die Frankfurter Allee herum ländlich geprägt. Dort fanden Hinrichtungen statt, unter anderem wurde hier Michael Kohlhaas verurteilt und hingerichtet. Im 17. Jahrhundert wurde die mittelalterliche Stadtmauer abgerissen und sukzessive durch eine Festungsmauer ersetzt. Ab 1734 wurde auch diese Mauer geschleift und es folgte die sogenannte Zoll- und Akzisemauer weiter außerhalb. Diese Mauer hatte keine militärische Bedeutung mehr, sondern diente allein der Kontrolle des Personenverkehrs und des Handels.

Die Fläche, die die Zoll- und Akzisemauer umschloss, war sieben Mal so groß wie die Fläche, die innerhalb der alten Festungsmauer gelegen hatte. 1785 war die Einwohnerzahl auf 150.000 angewachsen, man brauchte also Platz. Weniger als 100 Jahre später, im Jahr 1877, wurde die Schwelle zur Millionenstadt überschritten.

Berlins Reichtum und Attraktivität ergaben sich im 19. Jahrhundert zunehmend aus den wuchernden Fabriken, die das Stadtbild insbesondere im Osten und Süden prägten und dort erhebliche Luftverschmutzung und andere Umweltschäden verursachten. Im Osten, unter an-

... und auch über Frankfurt (Oder) hinaus.



derem in der Gegend des heutigen Friedrichshain, schuf die Industrie (und hier vor allem die Textilindustrie) Tausende von Arbeitsplätzen und ließ in diesem Gebiet eine Arbeitersiedlung mit miserablen hygienischen Bedingungen und düsteren Hinterhöfen entstehen. Die Landflucht aus den Gebieten Ostpreußens führte in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu so chaotischen Zuständen, dass man ab etwa 1860 das Problem mit den sogenannten Mietskasernen zu lösen versuchte. Ein Plan der Stadtverwaltung von 1862 sah den Bau von Infrastruktur vor, die bis zu vier Millionen Menschen mit Kanalisation, Wasser, Verkehrswegen, Bahnlinien, Gas und Strom versorgen sollten. Diese Mietskasernen stellten daher für viele der Landflüchtlinge durchaus eine Verbesserung ihrer bisherigen Lebensumstände dar. Die Bebauung war sehr dicht in diesen Vierteln, auch in Friedrichshain. Meistens handelte es sich bei den Mietskasernen um fünf- oder sechsgeschossige Gebäude, sie hatten einen Innenhof mit einem Durchmesser von etwas mehr als fünf Metern und dies machte sie zu dunklen, engen Schächten. Die Wohnungen waren klein und mehrere Parteien teilten sich ein Bad und eine Toilette. In diesen Gebäuden herrschten vor allem deswegen so schlechte Umstände, weil sie mit zu vielen Menschen belegt waren, hinzu kamen die Auswirkungen der Umweltverschmutzung durch die nahegelegenen Fabriken. Das Wohnungsangebot konnte mit dem rasanten Zuzug vom Land in die Großstadt Berlin nicht mithalten.

Einer der Zuwanderer aus Ostpreußen war übrigens Heinrich Zille, dessen Familie 1867 nach Berlin kam. Der Maler nahm die Verhältnisse in dem Arbeiterviertel des Berliner Ostens mit scharfem Blick wahr und hielt seine Beobachtungen in zahlreichen Zeichnungen und Fotos fest. Die Familie Zille wohnte in der Kleinen Andreasstraße 17, einer Seitenstraße der heutigen Karl-Marx-Allee. Man darf davon ausgehen, dass viele seiner Werke von seinem Leben in dieser Gegend geprägt worden waren.

Mit der Verschlechterung der Verhältnisse kamen die Arbeiterwohnungen immer mehr in Verruf und der Begriff Mietskaserne wurde von einer neutralen Bezeichnung zum (auch ideologisch besetzten) Negativbegriff. In vielen anderen Stadtvierteln Berlins begannen gemeinnützige Wohnungsbaugenossenschaften, humanere Alternativen zu bauen, so entstanden z. B. ab 1912 die Gartenstadt Am Falkenberg in Altglienicke und später die Hufeisensiedlung in Britz (Bauzeit 1925–1933). Doch erst ab 1925 machte eine neue Bauordnung das Errichten weiterer Mietskasernen in ihrer bisherigen Form in ganz Berlin unmöglich und schrieb eine offenere Bauweise vor. Dennoch blieb die existierende Bebauung natürlich zunächst bestehen. Der Osten blieb damit weiterhin ein dicht besiedeltes Arbeiterviertel und um die heutige Karl-Marx-Allee, deren Abschnitte damals die Namen Große Frankfurter Straße und Frankfurter Allee trugen, waren Ge-



schäftsstraßen, deren Angebote auf die Bedürfnisse von Geringverdienern ausgerichtet waren – kein Vergleich also im Niveau mit den Prachtstraßen der Mitte (Unter den Linden) und des Westens von Berlin (Kurfürstendamm).

Arbeiter, Obdachlose, Prostituierte und Kleinkriminelle prägten den Stadtteil im Osten und inspirierten den Arzt Alfred Döblin 1929 zu dem Roman

Blick in eine Arbeiterwohnung
in der Liegnitzer Straße 9 in
Berlin-Kreuzberg, um 1910



Am 1. Mai 1945 an der Großen Frankfurter Straße, heute Karl-Marx-Allee, Ecke Andreasstraße

Berlin Alexanderplatz, in dem er das Milieu der Gegend kenntnisreich beschreibt. Döblin hatte seine Arztpraxis in einem Haus, das in etwa an der Karl-Marx-Allee 131 stand, heute allerdings nicht mehr existiert. 1933 floh er aufgrund seiner jüdischen Herkunft in die Schweiz.

Lange Zeit waren die dicht besiedelten Viertel rund um die Große Frankfurter Straße und die Frankfurter Allee verkehrstechnisch nicht gut an die Stadtmitte und andere Teile Berlins angebunden. Dies änderte sich mit dem Bau der U-Bahn vom Alexanderplatz aus in Richtung Osten, der heutigen U5 also. Die Fertigstellung erfolgte 1930 und war Teil eines ehrgeizigen Plans, die gesamte Stadt zu verschönern und vor allem die östlichen Stadtviertel zu modernisieren. Die Wirtschaftskrise und die Machtübernahme durch die Nationalsozialisten verhinderten zunächst aber, dass diese ehrgeizigen Pläne zur Umsetzung kamen.





Berlin ist zerstört

Ende 1945 zog die Verwaltung Berlins eine Bilanz der Bausubstanz; das Ergebnis war erschütternd: Ein Drittel der Häuser war völlig zerstört, viele waren schwer beschädigt, nur etwa zehn Prozent der Gebäude wurden als eindeutig wiederherstellbar eingestuft. Die U-Bahnschächte, die Gas-, Wasser- und Stromleitungen waren an vielen Stellen unterbrochen und reparaturbedürftig. Aber sie existierten noch in ihrer Grundstruktur und dies war einer der Gründe, warum die Verantwortlichen für die Stadtplanung nach einiger Diskussion zu dem Schluss kamen, dass die Grundlinien der Straßenführung wohl im Prinzip beibehalten werden müssten. Doch diese Entscheidungsprozesse in der Stadtplanung waren keineswegs konfliktfrei, wie das nächste Kapitel zeigen wird.

Die Eingänge zur U-Bahn waren nicht mehr benutzbar, aber der U-Bahn-Schacht existierte noch.

1945 lag Berlin weitgehend in Trümmern.



1946 BIS 1950: DER KAMPF DER SYSTEME BEGINNT

Der aufkeimende Kalte Krieg und die politischen Entwicklungen in Berlin

Schon vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs war im Februar 1945 auf der Konferenz von Jalta unter anderem die Aufteilung Berlins in vier Sektoren beschlossen worden. Als die Rote Armee im Mai 1945 ganz Berlin eroberte, wurde der russische General Nikolai Bersarin für zwei Monate Stadtkommandant. Im Juli 1945 zog sich die sowjetische Armee – zögerlich zwar, aber wie vereinbart – in den Ostsektor zurück und überließ den restlichen Teil Berlins den drei anderen Siegermächten USA, Frankreich und Großbritannien. Die Spannungen zwischen den Westmächten und der Sowjetunion nahmen weiter zu und im November 1946 kam es endgültig zum Bruch, nachdem die Sowjets die Wahlergebnisse zum Magistrat von Gesamt-Berlin nicht anerkannt hatten. 1947 installierten sie einen »Volkskongress«, der eine separate Stadtversammlung darstellte, die ausschließlich aus Kandidaten der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) bestand.

Im Osten regierte von da an ein Magistrat, der faktisch zwar nur die Macht über den Ostteil der Stadt hatte, aber dennoch weiterhin den Anspruch erhob, für ganz Berlin zuständig zu sein. Dieser Ostmagistrat wurde von der SED beherrscht, die wiederum die Interessen der sowjetischen Besatzungsmacht vertrat. Der erste, von der SED gestellte und von der sowjetischen Besatzungsmacht eingesetzte Bürgermeister war Friedrich Ebert junior, der Sohn des gleichnamigen ersten Reichspräsidenten der Weimarer Republik. Friedrich Ebert junior hatte sich vom Sozialdemokraten zum treuen SED-Mitglied gewandelt. Als linientreues Mitglied des ZK der SED und des Staatsrates der DDR war er von 1948 bis 1967 Bürgermeister Ostberlins.

Im Juni 1948 trat der sowjetische Vertreter ganz aus der Alliierten Kommandantur aus, von da an war auch diese Kooperation zwischen den vier Siegermächten beendet. Noch im gleichen Monat kündigten sowohl die Westmächte

als auch die Machthaber der Sowjetische Besatzungszone (SBZ) eine jeweils eigene Währungsreform an, womit der Einstieg in die deutsche Teilung, die bis zum Oktober 1990 andauern sollte, vollzogen war.

Westberlins prekäre geografische Lage inmitten der SBZ wurde besonders während der Zeit der Blockade durch die sowjetische Besatzungsmacht 1948/49 deutlich, die bekanntlich von den Westmächten mit einer Luftbrücke zur Versorgung der Bevölkerung von Westberlin beantwortet wurde.

Im Dezember 1948 fanden in den Westsektoren Wahlen zum Berliner Magistrat statt. Der Ostberliner Bürgermeister Friedrich Ebert junior bekam dadurch Konkurrenz durch einen Westmagistrat unter dem ersten Westberliner Bürgermeister Ernst Reuter, im September 1950 wurde dieser Westmagistrat in Senat von Berlin umbenannt.

Weniger als ein Jahr nach der Wahl des Westmagistrats, am 7. Oktober 1949, wurde die DDR gegründet und ihre obersten Politiker begannen, sich immer mehr auf die Gestaltung der Ostberliner Stadtteile zu konzentrieren. Denn bald stand fest: Ostberlin sollte die Hauptstadt der DDR werden.



Friedrich Ebert junior, Bürgermeister von Ost-Berlin 1948–1967, Foto aus dem Jahr 1952

Aufräumarbeiten und Stadtplanung

Während auf der politischen Ebene die Spannungen kontinuierlich zunahmen, waren auf den Straßen ganz Berlins die Aufräumarbeiten und die Beseitigung der Kriegsschäden in den Jahren nach Kriegsende in vollem Gange. Insbesondere mussten mindestens 75 Millionen Kubikmeter Schutt (davon nach Schätzungen mindestens 30 Millionen Kubikmeter im Ostteil der Stadt) herausgeräumt werden.

Bekanntermaßen waren es vor allem Frauen, die diese Arbeit leisteten, was angesichts der Bevölkerungszusammensetzung nicht wundert: Frauen machten in dieser Zeit direkt nach dem Krieg zwei Drittel der Bevölkerung Berlins aus. Die Glorifizierung der »Trümmerfrauen« wird allerdings durch eingehendere Forschung zu diesem Thema in Frage gestellt: Auch arbeitslose Männer und Baufirmen waren an der Trümmerbeseitigung beteiligt (siehe hierzu Leone Treber: *Mythos Trümmerfrauen: Von der Trümmerbeseitigung in der Kriegs- und Nachkriegszeit und der Entstehung eines deutschen Erinnerungsortes*. 2014).



»Trümmerfrauen«
bargen brauchbare
Ziegelsteine aus
dem Schutt.

Die Bezirksverwaltung von Friedrichshain erwies sich als sehr agil im Beschaffen von Personal und Material, um die Aufräumarbeiten möglichst schnell voranzutreiben. Es wurde sogar eine 60 Kilometer lange Gleisanlage gebaut, auf der Loren fuhren, die normalerweise im Bergbau Verwendung fanden und in denen der Schutt relativ zügig abtransportiert werden konnte. Viel von dem Schutt wurde ganz in der Nähe zu Hügeln aufgetürmt, die heute noch als sanfte Erhebungen z. B. im Volkspark Friedrichshain und im Volkspark Prenzlauer Berg zu sehen sind.

Auf die Stadtplanung wirkten sich die politischen Entwicklungen zunächst nur insofern aus, als sich unterschiedliche Planungsstellen entwickelten. Dies führte in den Jahren 1945 bis 1947 zu miteinander konkurrierenden Planentwürfen für eine Neugestaltung der Stadt, die u. a. auch unterschiedliche Schwerpunktsetzungen für die Große Frankfurter Straße und für die Frankfurter Alle vorsahen. Schon im Mai 1945 war der Architekt Hans Scharoun vom sowjetischen Stadtkommandanten zum Leiter der Abteilung Bau- und Wohnungswesen



ernannt worden. Er rekrutierte einen Mitarbeiterstab, mit dem er sofort die Planungsarbeit in Angriff nahm. Zu dem Team gehörten neben Scharoun selbst: Wils Ebert (Arbeits- und Wohnstandorte), Peter Friedrich (Verkehr), Reinhold Lingner (Grünplanung), Ludmilla Herzstein (Statistik), Selman Selmanagić (Kultur und Erholung), Herbert Weinberger (Kulturbauten und Krankenhausplanung) und Luise Seitz (Wohnungsdezernentin). Diese Gruppe nannte sich Planungskollektiv und der Plan, den sie vorlegten, wurde als »Kollektivplan« bekannt.

Scharouns Planungskollektiv ging von einer Vision aus, die eine radikale Abkehr von der bisher bestehenden Stadtstruktur vorsah. Sie folgten der Vorstellung einer Auflockerung der Stadt mit geringer Wohndichte, mit Häusern von eher bescheidener Höhe und von einer geografischen Segmentierung nach den Funktionen Wohnen, Arbeiten und Erholung, wobei die Segmente durch ausreichend dimensionierte, gitterartig angeordnete Verkehrswege verbunden werden sollten.

Riesige Mengen an Schutt mussten weggeräumt werden.

Der »Kollektivplan«

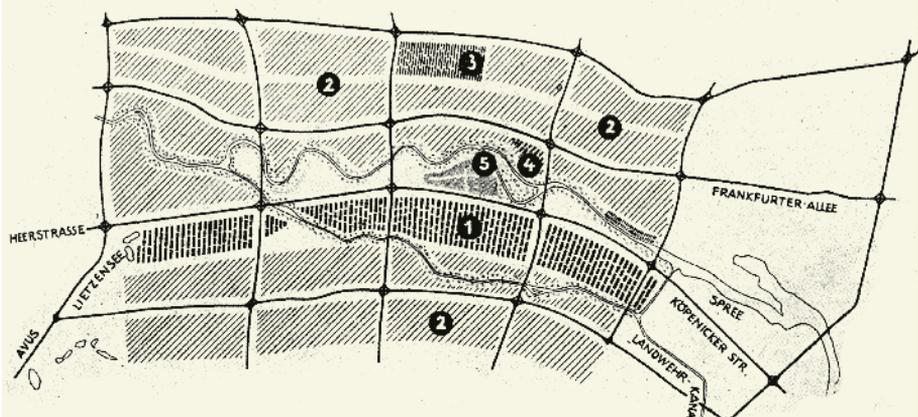
Friedrichshain war in diesem Plan als Wohngebiet ausgewiesen. In Wohngebieten sollten neben Einfamilienhäusern und niedriggeschossigen Wohngebäuden alle notwendigen Einrichtungen wie Schulen, Krankenhäuser, Kindergärten etc. für die Bewohner der jeweiligen Siedlungen, die für je etwa 5000 Einwohner angelegt waren, entstehen. Die Gebäude dieser sogenannten Wohnzellen sollten durch ausreichende Begrünung in eine aufgelockerte Stadtlandschaft integriert sein und jeweils für sich selbst sprechen. Das Planungskollektiv um Scharoun legte den Kollektivplan im April 1946 dem Bauausschuss des Magistrats vor und von August bis Oktober 1946 wurden die Pläne der Bevölkerung in einer Ausstellung im Berliner Schloss öffentlich präsentiert.

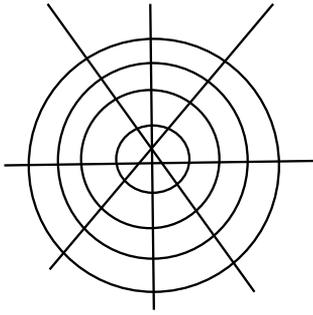
Die grundsätzlichen Ideen von Scharoun und dem Planungskollektiv gingen auf frühere städtebauliche Gedanken des Bauhaus-Gründers Walter Gropius, des Architekten und Stadtplaners Le Corbusier sowie anderer modernistischer Architekten zurück, deren neuartigen Konzepte während der Zeit des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkriegs auf Eis gelegen hatten. Diese Ideen hatten vor 1933 bei vielen Architekten und Stadtplanern, die sich als innovativ und avantgardistisch betrachteten, Wurzeln geschlagen und fanden auch jetzt, nach 1945, noch zahlreiche Anhänger. So reichte

Der »Kollektivplan«

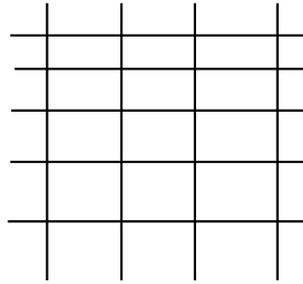
Das neue Gesicht Berlins, aufgeteilt durch ein Schnellstraßen-Netz in einzelne Wohngebiete, die ein Arbeits-Zentrum umfassen. (Planungskollektiv: Ebert, Friedrich, Herzenstein, Lingner, Scharoun, Seitz, Selmanagic, Weinberger.)

1 Arbeitsgebiete, 2 Wohngebiete, 3 Altes Industriegebiet, 4 Stadtverwaltung, 5 Museumsstadt mit der Feststraße »Unter den Linden«





Traditionalistisches Grundkonzept
(z. B. »Zehlendorfer Plan«)



Modernistisches Grundkonzept
(z. B. »Kollektivplan«)

z. B. der Bezirksbürgermeister von Berlin-Friedrichshain, Gustav-Adolf Werner, 1949 ein Arbeitspapier mit dem Titel »Das Stadtdorf« ein, in dem er vorschlug, die Stadt als Siedlungen mit einheitlichen Reihenhäusern und gleichartigen Wohnflächen und Einrichtungen zu planen. Insbesondere die Vision von Reinhold Lingner, dem Gartenbauarchitekt im Planungskollektiv, sah eine starke Durchgrünung der Stadtlandschaft vor, was eine starke Ausdehnung des Siedlungsraumes zur Folge gehabt hätte. (Lingner wurde später mit der Begründung der gesamten Anlage zwischen Strausberger Platz und Niederbarnimstraße beauftragt; das heute noch in Grundzügen erkennbare Gartenbaukonzept entlang der heutigen Karl-Marx-Allee und Frankfurter Allee geht in den Grundzügen auf ihn zurück).

Zeitgleich mit dem Kollektivplan entstand jedoch aufgrund eines Auftrags des Bezirksbürgermeisters von Zehlendorf ein alternativer Plan für das gesamte Berlin, der eher traditionalistisch ausgerichtet war und von den bestehenden Grundstrukturen der Stadt ausging. Er sah die Beibehaltung und weitere Nutzung der Hauptverkehrsadern der Vorkriegszeit vor und eine Stadtplanung, die von einem Zentrum aus in konzentrischen Kreisen ausging. Dieser Plan wurde bereits im Juni 1946 der Öffentlichkeit präsentiert. Dieser Plan sah zwar auch viele Grünflächen und einen großzügigen Ausbau des Straßennetzes zur autofreundlichen Stadt vor, ging aber grundsätzlich von einer traditionellen Stadtstruktur aus, ohne den Ehrgeiz, über die Stadtplanung ein neues Gesellschaftsmodell bedienen zu wollen. Dass Zehlendorf im US-amerikanischen Sektor lag, mag eine gewisse Rolle dabei gespielt haben, dass ein solcher Alternativplan zum Ostberliner Kollektivplan erstellt wurde. Aber zu dieser Zeit, also 1946, verliefen die Konfliktlinien eher zwischen den modernistischen Vertretern der Bauhaus-Linie und den Traditionalisten der Stadtplanung als zwischen den politischen Trennlinien des noch im Aufkeimen begriffenen Ost-West-Konflikts.

Letztlich wurde der Kollektivplan vor allem aus sachlichen Gründen abgelehnt, weil er der Nutzbarkeit der bestehenden unterirdischen Infrastruktur (Kabel, Rohre, U-Bahnschächte etc.) keinen ausreichenden Raum gegeben hatte, was sich im Zuge der Aufräumarbeiten immer deutlicher als Irrtum herausstellte.

Nach den bereits erwähnten Magistratswahlen im Oktober 1946 wurde der parteilose Hans Scharoun durch den SPD-Vertreter Karl Bonatz abgelöst. Bonatz hatte bereits davor den Kollektivplan scharf kritisiert und tendierte ebenfalls eher zu einem traditionellen Stadtbild. Er unternahm unmittelbar nach seiner Amtseinführung einen neuen Anlauf für eine gesamtstädtische Planung und präsentierte 1948 den nach ihm benannten Bonatz-Plan. Diese Planung sah zwar ein traditionelles Stadtzentrum vor, übernahm aber die Idee von Wohnzellen für die Gebiete außerhalb der Stadtmitte. Der Bonatz-Plan blieb der letzte Plan für ganz Berlin bis zum Mauerfall, denn die politischen Entwicklungen erlaubten schon bald keine Gesamtplanung für Berlin mehr. Keiner der zwischen 1945 und 1948 entstandenen Pläne wurde jedoch in Gänze umgesetzt.

Die politische Spaltung wirkte sich ab 1948 immer stärker auch auf den Disput über städtebauliche und architektonische Konzepte aus. Immer deutlicher zeigte sich, wie das unterschiedliche Gesellschaftsbild und die unterschiedlichen Vorstellungen von politischen Prozessen auch auf die Stadtplanung Einfluss nahmen. Dieses Auseinanderdriften veranschaulicht sehr gut der folgende Vorfall am Institut für Bauwesen an der Deutschen Akademie der Wissenschaften. Geschildert wird er von Kurt Liebknecht, damals wissenschaftlicher Sekretär des Instituts (und ab 1949 Direktor des Instituts für Städtebau und Hochbau im Ministerium für Aufbau in Ostberlin):

»Ich war aus meiner Arbeit an der sowjetischen Architekturakademie gewohnt, dass die wissenschaftlichen und Entwicklungsarbeiten immer von den Möglichkeiten und den Notwendigkeiten der derzeitigen Bedingungen abgeleitet werden, wobei entsprechende Beschlüsse von Partei und Regierung zu berücksichtigen waren. Eine solche Einstellung war von den genannten Mitarbeitern unter den damaligen Verhältnissen verständlicherweise nicht in vollem Umfang zu erreichen. Ich erinnere mich in diesem Zusammenhang an eine Beratung mit den Verantwortlichen für die Forschungsthemen, die von Hans Scharoun mit Können und Elan geleitet wurden. Der bekannte Städtebauer Martin Mächler meinte, dass eigentlich der Städtebauer aufgrund seiner besseren Einsichten berufen sei, eine fortschrittliche Politik zu machen. Ich wandte ein, dass die Politik in der sowjetisch besetzten Zone nur von der Arbeiterklasse und deren Verbündeten unter Führung der Arbeiterpartei im Sinne einer zukünftigen sozialistischen Gesellschaft gemacht werden könne. Es kam zu einem

heftigen Meinungsstreit, der zur Folge hatte, dass unser temperamentvoller Kollege Martin Mächler aufstand und verschwand. Hans Scharoun vermerkte trocken und nicht ohne Humor: Bitte schreiben Sie ins Protokoll, dass Martin Mächler um 16:00 Uhr unsere Sitzung verließ. Leider mussten wir in der weiteren Arbeit auf Prof. Mächler verzichten.« (Kurt Liebknecht 1975, anlässlich eines Kolloquiums zu seinem 70. Geburtstag)

Trotz der politischen Spannungen gab es zwar noch bis in die zweite Hälfte der 1950er Jahre hinein Kontakte und eine gewisse Kommunikation der Fachleute aus Ost und West, die sich bemühten, ein Minimalniveau einer koordinierten Stadtplanung aufrecht zu erhalten. Vermutlich war dies sehr oft getragen von der unausgesprochenen Hoffnung (oder Erwartung), dass es früher oder später zu einer Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten kommen werde und eine weitsichtige Stadtplanung dies berücksichtigen müsse. Diese Hoffnung wurde unter anderem genährt durch ein Angebot Stalins im Jahr 1952, der die Westmächte in einem als Stalinnote berühmten Brief wissen ließ, dass er einer deutschen Wiedervereinigung zustimmen würde, wenn Deutschland militärisch neutral bleibe. Die Westmächte glaubten Stalin die friedliebenden Absichten nicht und lehnten ab, was die Spaltung Deutschlands immer weiter verfestigte.

Auch die Kommunikation und Kooperation der Stadtplaner wurde erschwert, bis sie schließlich ganz eingestellt und spätestens mit dem Mauerbau im August 1961 ohnehin obsolet wurde.

Die Wohnzelle Friedrichshain und die Laubenganghäuser in der heutigen Karl-Marx-Allee

Im Sommer 1949 bekam Hans Scharoun als Leiter des Ostberliner Instituts für Bauwesen an der Akademie der Wissenschaften den Auftrag zur Gestaltung einer »Wohnzelle Friedrichshain«. Er war zwar nicht mehr Leiter der obersten Baubehörde Ostberlins, besaß aber als hochgradiger Fachmann immer noch Ansehen und Einfluss. Es sollte in Friedrichshain eine völlig neu gedachte Modellsiedlung mit rund 1900 Wohnungen für etwa 5000 Bewohner samt der erforderlichen Infrastruktur entstehen. Was Scharoun als Stadtplaner verwehrt worden war, sollte er also nun als Architekt auf dem Gelände in Friedrichshain umsetzen.

Teile der Ostberliner SPD, die damals noch nicht gänzlich von der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) absorbiert worden war, waren von dem visionären Ansatz begeistert und trugen ihn politisch mit, wenngleich sie



Laubenganghäuser in der Karl-Marx-Allee

sich an dem Begriff »Wohnzelle« störten und stattdessen »Stadtdorf« vorschlugen.

In der Tat sah die Planung, die Scharoun und seine Architektenkollegen Ludmilla Herzenstein und Karl Brockschmidt im Oktober 1949 vorlegten, eine sehr aufgelockerte Bebauung vor, mit viel Begrünung und einer relativ geringen Bevölkerungsdichte, so wie es Scharouns generellen städtebaulichen Überzeugungen entsprach. Die finale Vorlage wurde am 7. November 1949 vorgelegt und zügig genehmigt. So konnten die Baupläne für den ersten Bauabschnitt schon bis zum 1. Dezember 1949 fertiggestellt werden. Bereits Anfang November 1949 war die kommunale Trägergesellschaft »Heimstätte Berlin« gegründet worden, deren Chefin Ludmilla Herzenstein wurde, die sofort die Projektleitung der Bauarbeiten übernahm. Es herrschte akute Wohnungsnot in Berlin und man wollte nicht durch langwierige Grundsatzdiskussionen und Genehmigungsverfahren Zeit verlieren.

Am 21. Dezember 1949 erfolgte die Grundsteinlegung für die ersten Häuser. Die Priorität, die dem Prozess eingeräumt wurde, hatte neben der herrschen-

den Wohnungsnot noch einen weiteren Grund: Am 21. Dezember 1949 war die Feier zum 70. Geburtstag Stalins geplant, zu dem die Führung der jungen, im Oktober 1949 gegründeten DDR Fortschritte im Bau vorweisen wollte. Ein weiterer Grund für die Eile, mit der die Laubenganghäuser gebaut wurden, war die Tatsache, dass die Straße, an der sie standen, »an Stalin geschenkt« werden sollte – was lag da näher als möglichst schnell eine Bebauung sicherzustellen.

Diese heute als Laubenganghäuser bekannten Gebäude, befinden sich an der Karl-Marx-Allee 102/104 und 126/128 und stehen unter Denkmalschutz.

Die Huldigung Stalins und die Umbenennung in Stalinallee

Ebenfalls zu Stalins 70. Geburtstag wurde der gesamte Straßenzug vom Alexanderplatz bis zum Bahnhof Lichtenberg/Friedrichsfelde in Stalinallee umbenannt. Der Beschluss dazu war am 15. Dezember 1949 gefasst worden, am 21. Dezember wurden dann die Straßenschilder ausgetauscht.

Walter Ulbricht und einige andere hohe Funktionäre der SED waren an diesem Tag zu den Geburtstagsfeierlichkeiten Stalins nach Moskau gereist. Die Delegation unter Leitung von Ulbricht war von der imperialen Aufmachung Moskaus und den bombastischen Feierlichkeiten stark beeindruckt.

In den Jahren nach 1949 ging der Personenkult um Josef Stalin in der jungen DDR unvermindert weiter. Anlässlich der 3. Weltfestspiele der Jugend und Studenten, die im August 1951 in Ostberlin stattfanden, wurde von der DDR-Führung gegenüber dem Veranstaltungsort, der Deutschen Sporthalle, sogar ein Stalindenkmal aufgestellt. Eine fast fünf Meter große Bronzestatue, die die DDR-Regierung in der Sowjetunion gekauft hatte und die von dort eingeflogen worden war. Ursprünglich hatte die DDR-Führung sogar eine 16 Meter große Statue bestellt, aber da diese nicht verfügbar war, begnügte man sich mit dieser kleineren Version.

Die Gräueltaten von Stalins Regime und die millionenfache Ermordung von Menschen, die der

Umbenennung der Großen Frankfurter Straße und der Frankfurter Allee in Stalinallee am 21. Dezember 1949





Personenkult um Josef Stalin auf der nach ihm benannten Allee



Das Stalindenkmal, das von August 1951 bis November 1961 an der Stalinallee zwischen der heutigen Lebuser und Kopenstraße stand

Opposition verdächtigt wurden, waren zu diesem Zeitpunkt der breiten Öffentlichkeit noch nicht in ihrem tatsächlichen Umfang bekannt.

Stalin starb im März 1953. Sein Nachfolger Nikita Chruschtschow leitete langsam und stetig eine Abkehr von der Verehrung Stalins ein, erst 1956 kam aber der totale Bruch mit Stalin durch Chruschtschows berühmte Rede auf dem XX. Parteitag der KPdSU.

Im November 1961 entschloss sich die Führung der DDR zu einer Umbenennung der Stalinallee, die seither auf dem Abschnitt vom Alexanderplatz bis zum Frankfurter Tor Karl-Marx-Allee und ab dem Frankfurter Tor Richtung Osten Frankfurter Allee heißt.

1961 war durch Chruschtschow die Entstalinisierung in Moskau so weit vorangetrieben worden, dass sich die DDR-Führung gezwungen sah, die riesige Stalin-Statue gegenüber der Deutschen Sporthalle wieder abzubauen. Dies geschah ohne Vorankündigung und Berichterstattung seitens der politischen Elite in der Nacht vom 13. auf den 14. November. Die Statue verschwand, als hätte es sie nie gegeben, und wurde eingeschmolzen, der Sockel wurde abgebaut. Nur ein Ohr und ein Teil des Schnauzers der Statue existieren noch als Replikat; beides ist heute im Café Sibylle in der Karl-Marx-Allee 72 zu besichtigen.



Gegenüber dem Westen bedeutete die Abkehr von Stalin aber keineswegs eine weniger harte Konfrontation. Im August 1961, einige Monate bevor das Stalindenkmal verschwand, war die Berliner Mauer gebaut worden und im Herbst 1962 kam es durch die Kuba-Krise beinahe zum Atomkrieg zwischen den beiden Machtblöcken in Ost und West.

Großzügige Grünanlagen umgaben das Stalindenkmal.

Reise nach Moskau und die Neuorientierung in der Baupolitik

Walter Ulbricht und seine Delegation der DDR-Führung waren im Dezember 1949 nicht nur zu den Feierlichkeiten von Stalins Geburtstag nach Moskau eingeladen worden, es wurden auch zahlreiche Gespräche über die weitere Gestaltung der DDR und den städtebaulichen Aufbau des zerstörten Berlins geführt.

Dabei erfuhren Walter Ulbricht und seine Genossen, dass man in Moskau den Bauhaus-Stil und die modernistischen Ideen von Stadtplanern strikt ablehnte. Der funktionalistische Stil wurde als »bourgeois« und »formalistisch« bezeichnet und den Besuchern aus der DDR wurde empfohlen, sich stattdessen an »nationalen Traditionen« zu orientieren und an dem von Stalin bevorzugten Stil des »sozialistischen Klassizismus«, der seinerseits eine Mischung aus verschiedenen Stilrichtungen der Vergangenheit war, u. a. des Klassizismus des 19. Jahrhunderts, des italienischen Barock und des sozialistischen Realismus.



Bei den Feierlichkeiten zum 70. Geburtstag von Stalin: Walter Ulbricht auf der Tribüne gemeinsam mit Mao, Stalin und anderen Polit-Größen der damaligen sozialistischen Welt

Auch der Hang zum Monumentalen war in dieser bevorzugten Stilrichtung deutlich erkennbar, interessanterweise eine Präferenz, die auch Hitler seinen Architekten vorgegeben hatte.

Es ist anzunehmen, dass der Delegation die Pläne und Baustellen einiger dieser prägnanten Bauwerke, die in dieser Zeit gerade in Moskau im Entstehen waren, gezeigt wurden. So zum Beispiel der Neubau eines monumentalen Hauptgebäudes der altehrwürdigen Lomonossow-Universität oder das Hochhausgebäude des Außenministeriums, beides Bauten im Stil dieses sozialistischen Klassizismus, deren Errichtung 1948 begonnen hatte. In den Folgejahren wurden fünf weitere Hochhäuser in diesem Stil gebaut, sie werden von Architekturhistorikern insgesamt als die »sieben Schwestern« bezeichnet, im Volksmund aber auch als »Stalins Kathedralen« oder als »Stalinhochhäuser«.

Dieser Stil wurde von westlichen Kommentatoren verächtlich als »Zuckerbäckerstil« verspottet, obwohl man in New York oder Chicago Hochhäuser aus den Jahren 1910 bis 1930 findet, die von genau diesen architektonischen Elementen geprägt sind und ebenfalls wegen ihres ornamentreichen Stils als »Wedding Cake Style« verspottet wurden.

Insbesondere das Municipal Building, also ein Verwaltungsgebäude der Stadt New York City im südlichen Manhattan (1914 fertiggestellt), soll in Stalin einen Bewunderer gefunden haben und diente vermutlich als Vorlage für einige der Moskauer Prachtbauten. In der Tat ist die Ähnlichkeit der Baustile unverkennbar.

Nach der Grundsteinlegung für die Laubenganghäuser begannen die Bauarbeiten gemäß der Planung von Hans Scharoun und seinem Team. Alle zuständigen Gremien hatten zugestimmt und es schien, als ob der baulichen Verwirklichung der Wohnzelle Friedrichshain nichts mehr im Wege stehe. Doch dem war nicht so: Im Aufbauministerium, das unter der Leitung des SED-Hardliners Lothar Bolz stand, war man mit den Plänen von Scharoun ganz und gar nicht zufrieden und tat alles, um eine Neuplanung zu erreichen. Den Stalinisten im Aufbauministerium schwebte für die Straße eine Gestaltung vor, die diesem – in ihren Augen wohlklingenden – Namen alle Ehre machte. Die Gebäude sollten höher sein als die von Scharoun geplanten vier- bis fünfstöckigen Laubenganghäuser und die Bebauung stellten sie sich im Gesamtbild monumentaler und beeindruckender vor. Doch vor allem wollten sie verhindern, dass an der Stalinallee nüchterne Gebäude im Bauhaus-Stil errichtet wurden. Hinter dem Streit um die städtebauliche Gestaltung der Stalinallee steckte also wesentlich mehr als das Kompetenzgerangel von zwei Regierungsstellen; es verbargen sich zwei fundamental verschiedene Weltansichten dahinter. Um ihre Linie durchzusetzen, schreckte das Aufbauministerium unter Bolz nicht vor Intrigen und Falschankünften zurück, z. B. was die Bauqualität und die Kostenentwicklung des Wohnzellen-Projekts von Scharoun anging. Dabei setzten sich Bolz und seine Linie nicht zuletzt deshalb durch, weil sie genau der Linie entsprach, die Moskau in Architektur und Städtebau vertrat.

Bereits im Januar 1950 war von der DDR-Führung beschlossen worden, dass eine Delegation aus Fachleuten für Architektur und Städteplanung baldmöglichst nach Moskau reisen sollte, um die dortigen »Errungenschaften« der sozialistischen Baukunst zu studieren und sich »Rat« von den sowjetischen Kollegen zu holen. Erst im Frühjahr, vom 12. April bis zum 25. Mai 1950, fand diese Reise statt. Sie führte eine sechsköpfige Expertengruppe unter Leitung von Aufbauminister Lothar Bolz nicht nur nach Moskau, sondern auch nach Kiew, Stalingrad (das heutige Wolgograd) und Warschau.

Die Auswahl der Teilnehmer war eine hochpolitische Angelegenheit; nur linientreue SED-Genossen reisten nach Moskau. Aufgrund seiner Zugehörigkeit zum Institut für Bauwesen, das von Hans Scharoun geleitet wurde, gehörte auch Hermann Henselmann zu denen, die schlussendlich nicht teilnehmen durften. Nur zwei der Delegationsteilnehmer sprachen Russisch, nämlich Lothar Bolz und Kurt Liebknecht, die beide jahrelang im Exil in der Sowjetunion gelebt hatten. Das Delegationsmitglied Walter Pisternik führte ein ausführliches Tagebuch zu der Reise, von ihm sind die meisten Informationen dazu überliefert (siehe dazu die Quellenedition des Instituts für Regionalentwicklung und Strukturplanung).

Bei den Fachgesprächen in Moskau ging es um technische Details, Baumethoden, die Bezahlung der Bauarbeiter, den Maschineneinsatz an den Baustellen, Kennzahlen u. v. m. Den Aufzeichnungen nach zu urteilen, gingen die russischen Gastgeber damals sehr klug mit ihren Gästen aus Deutschland um. Es fiel kein Wort des Vorwurfs zu den Ereignissen im Zweiten Weltkrieg, obwohl das Ende des brutalen Vernichtungskrieges zwischen Deutschland und der Sowjetunion erst fünf Jahre zurücklag. Die Gäste wurden mit ausgesuchter Höflichkeit und geradezu herzlich behandelt, die Ratschläge wurden als Berichte über die sowjetischen Aufbauverfahren und die dabei gewonnenen Erkenntnisse formuliert. Was die Deutschen bei ihrem Besuch zu sehen und hören bekamen, war für sie tatsächlich sehr beeindruckend – ganz abgesehen davon, dass die Delegation sich auch gerne von den sowjetischen Brüdern beeindruckt lassen wollte. Über diese Reise wurde später oft berichtet, dass sie dazu gedient habe, den Städteplanern des »Vasallen-Staates« DDR die Direktiven der Besatzungsmacht zu verdeutlichen. Aus den Originalquellen ist das nicht so eindeutig erkennbar. Vielmehr zeigt sich, dass es überzeugte Sozialisten waren, die zu einem Besuch bei sowjetischen Kollegen angereist waren, die sie schon vor der Reise aufrichtig als Vorbilder anerkannten und mit der Erwartung besuchten, etwas lernen zu können. Sicher war auch eine gewisse

Unterwürfigkeit gegenüber der Sieger- und Schutzmacht der jungen DDR im Spiel und bestimmt war die Machtverteilung zwischen den Politikern und Beamten der So-

Das Municipal Building in New
York City (Bauzeit 1907–1914)

